

Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Nicht formulierte Volksinitiative "Stopp der Überforderung von Schüler/-innen: Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt"

2017/354

vom 17. Januar 2018

1. Ausgangslage

Am 15. Oktober 2015 wurde die vorgeprüfte, nicht formulierte Volksinitiative «Stopp der Überforderung von Schüler/-innen: Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt» im Amtsblatt publiziert und am 21. März 2016 bei der Landeskanzlei mit 1969 gültigen Unterschriften eingereicht. Das nicht formulierte Begehren lautet:

«Durch Anpassung des Bildungsgesetzes (SGS 640) und nötigenfalls durch Kündigung bestehender interkantonalen Bestimmungen und Vereinbarungen mit verpflichtendem Charakter (z.B. Sprachenstrategie der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) vom 25. März 2004) – oder Teile davon – sowie von Staatsverträgen und Konkordaten (z.B. HarmoS-Konkordat) – oder Teile davon – und Aufhebung weiteren geltenden Rechts, das diesem Begehren widerspricht. Auf der Primarstufe wird nur Französisch als Fremdsprache unterrichtet. Die zweite Fremdsprache wird an der Sekundarstufe I eingeführt.»

Die Landeskanzlei publizierte das Zustandekommen der Volksinitiative im Amtsblatt vom 28. April 2016. Die Prüfung der Volksinitiative durch den Rechtsdienst des Regierungsrates vom 25. August 2016 ergab, dass sie die Erfordernisse erfüllt und rechtsgültig ist. Am 4. Mai 2017 hat der Landrat die Initiative für rechtsgültig erklärt (2016/306).

Der Regierungsrat weist darauf hin, dass derzeit keine empirischen Belege existieren, die eine Überforderung der Schülerinnen und Schüler mit dem aktuell geltenden System mit zwei Fremdsprachen auf der Primarschule zeigen. Erst auf der Grundlage des Zwischenberichts bzw. des Schlussberichts zur Wirksamkeitsstudie, welche 2018 bzw. 2021 vorliegen werden, können fundierte Schlüsse zum Fremdsprachenunterricht gezogen werden. Der Ausstieg aus dem HarmoS-Konkordat, bedingt durch die Reduktion auf eine Fremdsprache auf der Primarstufe, ist bildungs-, staats- und finanzpolitisch mitten im Erstdurchlauf der Umsetzung nicht vertretbar und verantwortungslos. Zudem werden geäusserte Verbesserungsvorschläge und Anregungen ernstgenommen und praxisorientiert umgesetzt.

Mit der Annahme der Initiative würde der Kanton Basel-Landschaft eine isolierende Stellung im deutschschweizerischen Bildungssystem und ein Eingreifen des Bundes infolge der Abweichung vom HarmoS-Konkordat riskieren. Schülerinnen und Schüler aus Basel-Landschaft würden bei einem Ja durch die Initiative hinsichtlich ihrer Zukunftschancen benachteiligt und die interkantonale Mobilität für Familien wäre nicht mehr gewährleistet. Für den Kanton Basel-Landschaft entstehen zudem Mehrkosten, weil je nach Umsetzungsvariante unterschiedlich ausgeprägte Anpassungen der Stundentafeln, Lehrpläne, Lehrmittel und Weiterbildungen nötig sind.

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, die nicht formulierte Volksinitiative «Stopp der Überforderung von Schüler/-innen: Eine Fremdsprache auf der Primarschule genügt» abzulehnen und den Stimmberechtigten ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung zu unterbreiten. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die Initiative abzulehnen.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hat die Vorlage anlässlich ihrer Sitzungen am 9. und 23. November 2017 im Beisein von Regierungsrätin Monica Gschwind (nur 9.11.), Severin Fallner, Generalsekretär BKSD, Beat Lüthy, Leiter Amt für Volksschulen und VertreterInnen des Initiativkomitees (nur 9.11.) beraten.

2.2. Eintreten

Eintreten ist unbestritten.

2.3. Detailberatung

Das Ziel der VertreterInnen des Initiativkomitees ist es, mit der Annahme der Initiative die zweite Fremdsprache Englisch auf der Primarstufe zu streichen und die Ressourcen in andere Fächer zu investieren. Eine Erhöhung der Lektionenzahl auf Stufe Sek im Fach Englisch sei nicht notwendig. Die InitiantInnen erklären mit vier Kernaussagen, warum die Initiative notwendig und eine Annahme wichtig sei. Die InitiantInnen betonen, dass mit Annahme dieser Initiative keine relevanten Mehrkosten entstehen. Isoliert angenommen, habe die Initiative keinen Einfluss auf den Französischunterricht oder auf Lehrmittel (diese Aspekte kommen mit der Annahme der nichtformulierten Volksinitiative 2017/353 «Stopp dem Verheizen von Schüler/innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» zum Tragen). Die gestrichenen Stunden auf der Primarstufe sollen auf dieser Stufe verbleiben und anderen Fächern zugeteilt werden. Die Verwaltung widerspricht diesen Aussagen und betont, dass eine Annahme der Initiative erhebliche Folgen nach sich ziehen würde. Es sei nicht realistisch, dass mit neun Wochenlektionen Englischunterricht gleich viel erreicht werden könne wie mit 13. In diesem Zusammenhang sind die weiterbildenden Schulen zu nennen – gewisse Lernziele müssen einfach erreicht werden. Insofern müsste an der Sekundarschule mehr Englisch unterrichtet werden, was Eingriffe in die Stundentafel bedingt. Ebenfalls müsste ein neues Lehrmittel evaluiert werden, welches es so in der Schweiz nicht gibt, da in allen anderen Kantonen viel früher mit Englisch begonnen werde.

Die InitiantInnen erwidern, dass früher die Lernziele mit neun Wochenlektionen Englisch erreicht werden konnten. Wenn die zusätzlichen Stunden der Primarschule nicht in die Sekundarschule verschoben werden, was von den InitiantInnen angedacht ist, dann sind es wieder neun. Die freien Stunden sollen auf der Primarstufe behalten und in das Fach Deutsch oder kreative Fächer wie Musik oder Werken investiert werden.

Aus der Kommission wird kritisiert, dass das Vorgehen der InitiantInnen nicht zielführend sei. Schweizweit bestätige das Volk in Abstimmungen immer wieder, dass die Harmonisierung des Bildungswesens gewollt sei. Es sei zielführender, würden die InitiantInnen sich überlegen, wie das vorhandene System verbessert werden könne, anstatt es komplett verändern zu wollen. Darauf antworten die InitiantInnen, dass die Annahme beider Initiativen erhebliche Veränderungen zur Folge haben, einzeln angenommen bewegten sich diese jedoch in moderaten Rahmen.

Die allgemeine Haltung zum Erlernen von Fremdsprachen besagt, dass diese je früher, desto besser erlernt werden können. Die InitiantInnen betonen, sie seien über die letzten Jahre zu einer anderen Ansicht gelangt. Der Grund dafür sei, dass auf der Primarstufe die angestrebte Auseinandersetzung mit den Fremdsprachen analog derjenigen mit der Muttersprache nicht gegeben sei. Auf Stufe Primar werden jeweils zwei Englischlektionen in der 5. und 6. Klasse unterrichtet. Französisch wird in der 3. und 4. Klasse in jeweils drei Lektionen und in der 5. und 6. Klasse ebenfalls in jeweils zwei Lektionen unterrichtet. Diese Anzahl an Lektionen reicht laut den InitiantInnen nicht aus, die Voraussetzungen eines sogenannten «Sprachbads» zu erfüllen. Die Kinder können sich demnach nicht so sehr mit den Fremdsprachen auseinandersetzen, wie dies nötig wäre, um sie in Richtung des Niveaus der Muttersprache zu erlernen. Eine intensive Auseinandersetzung sei wünschenswert, jedoch nicht möglich. Die InitiantInnen betonen, dass

beim Übertritt in die Sekundarstufe ersichtlich werde, dass die SchülerInnen grösstenteils keinen Satz sprechen könnten. Insofern handle es sich bei den vielen Fremdsprachenlektionen der Primarstufe um eine Verschwendung von Ressourcen.

Wie auch im Rahmen der Detailberatung zur Volksinitiative 2017/353 weist eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder darauf hin, dass die Rückmeldungen von Sekundarlehrpersonen ein nicht so negatives Bild wie die InitiantInnen wiedergeben und deren Ausführungen sehr einseitig und schwarzmalersch sein.

Die InitiantInnen sind der Ansicht, dass die für Französisch und Englisch aufgewendeten Stunden in anderen Fächern, beispielsweise in Deutsch, fehlen. Gerade in der Primarschule sei es sehr wichtig, dass sich die Kinder intensiv mit der deutschen Sprache auseinandersetzen. Wenn sich Kinder bereits in so frühen Jahren mit zwei Fremdsprachen auseinandersetzen müssen, fehle die Energie und Deutsch bleibe auf der Strecke. Die Verschlechterung der Deutschkompetenzen lasse sich ebenfalls auf der Sekundarstufe feststellen. Die InitiantInnen nennen eine Studie, welche betonen, dass der Muttersprache beim Erlernen einer Fremdsprache eine zentrale Rolle zukomme, da sie für Kinder einen Fixpunkt darstelle. Aus diesem Grund sei es primär wichtig, dass Kinder sattelfest in Deutsch werden, bevor sie sich anderen Fremdsprachen widmen.

Ein Kommissionsmitglied zitiert aus der Vorlage, dass «derzeit keine empirischen Belege existieren, die eine Überforderung der SchülerInnen vom aktuell geltenden System mit zwei Fremdsprachen auf der Primarschule zeigen» (S. 2) und möchte wissen, wer denn nun Recht habe. Die InitiantInnen betonen, dass durch die Studie von Simone Pfenninger belegt werde, dass Frühenglisch nutzlos sei. Die Verwaltung betont, dass keine Studie die Überforderung von PrimarschülerInnen mit zwei Fremdsprachen belege. Zudem stellt sie infrage, dass das gleiche Lernziel am Ende der Sekundarstufe I erreicht werden könne, wenn vier Jahreslektionen auf der Primarstufe gestrichen werden. Die Studie Pfenninger werde zudem bzgl. ihrer Methodik in Fachkreisen kritisiert. Eine Mehrheit der Kommission folgt der Argumentation der Verwaltung, dass mit der Evaluation des Passepartout-Projekts auch Aussagen darüber getroffen werden können, ob eine Überforderung der SchülerInnen besteht oder nicht. Insofern ist die Mehrheit auch bei dieser Initiative der Ansicht, dass die entsprechenden Evaluationen abgewartet werden sollen.

Desweiteren wird im Rahmen der Kommissionsberatung diskutiert, ob es nicht möglich wäre, Französisch als Wahlpflichtfach anzubieten oder Französisch anstatt Englisch auf Stufe Primar zu kippen. Als Grund dafür wird die weltweite Bedeutung der englischen Sprache aufgeführt. In der anschliessenden Diskussion wird von der Verwaltung darauf hingewiesen, dass die Initiative diesbezüglich klar sei. Bei einer Annahme und Umsetzung habe man nicht die Wahl, ob zuerst Englisch und dann Französisch, oder umgekehrt, unterrichtet werden sollen, sondern Französisch kommt zuerst. Aus den Reihen der Kommission wird an die Mehrsprachigkeit der Schweiz erinnert und dass dies ein Aspekt sei, auf den die Schweiz gerade auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern sehr stolz sein könne. Insofern sind Überlegungen, die englische Sprache dem Französisch vorzuziehen nicht zielführend. Besonders auch mit dem Hintergrund, dass Französisch noch immer ein wichtiger Bestandteil des Berufsalltags in der Schweiz ist – zumindest für Branchen, die gesamtschweizerisch operieren.

3. Antrag an den Landrat

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat mit 8:2 Stimmen, die nicht formulierte Volksinitiative abzulehnen und den Stimmberechtigten ebenfalls die Ablehnung zu empfehlen.

17.01.2018 / bw

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Christoph Hänggi, Präsident

Beilage/n

- Landratsbeschluss (unverändert)

(unveränderter Entwurf)

Landratsbeschluss

betreffend Nicht formulierte Volksinitiative "Stopp der Überforderung von Schüler/-innen: Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt"

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die nicht formulierte Volksinitiative „Stopp der Überforderung von Schüler/-innen: Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt“ wird abgelehnt.
2. Im Rahmen der Volksabstimmung wird den Stimmberechtigten empfohlen, die nicht formulierte Volksinitiative „Stopp der Überforderung von Schüler/-innen: Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt“ abzulehnen.

Liestal, Datum wird von der LKA eingesetzt!

Im Namen des Landrates

Der/die Präsident/in:

Der Landschreiber: